



„TRIA-logisch!“

Ein Vorhaben zur Förderung
der intra- und interkommunalen
Zusammenarbeit im Lahn-Dill-Kreis

	Grußwort	3
1	Einleitung	4
2	Projektvorfeld	5
2.1	Der Lahn-Dill-Kreis, eine ländliche Region.....	5
2.2	Zahlen zur Zuwanderung	6
2.3	Das Integrationsverständnis des Lahn-Dill-Kreises	7
2.4	Ausgangslage und Bedarfe	8
3	Das Projekt TRIA-logisch!	9
3.1	Hintergrund und Projektziele.....	9
3.2	Die verschiedenen Akteursgruppen.....	10
3.3	Maßnahmen zur Erreichung der Projektziele	11
4	Auf dem Weg zum Trialog – Der Projektverlauf	12
4.1	Darstellung der verschiedenen Maßnahmen.....	12
4.2	Wirkung der Maßnahmen – aus Sicht der Akteure	21
4.3	Erkenntnisse: „Alle handeln im Rahmen ihrer Möglichkeiten“	23
4.4	Ergebnisse und offene Fragen.....	27
5	Veränderungen und aktuelle Herausforderungen	29
5.1	Was sich im Projektzeitraum verändert hat.....	29
5.2	Praxischeck Corona: Zwischen Engagement und physischer Distanz	30
6	Fazit	31
	Literatur.....	37
	Bildtafel	32
	Glossar, Impressum	34

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Integration auf kommunaler Ebene gemeinsam gestalten – das ist eine Herausforderung, der wir uns im Lahn-Dill-Kreis stellen. Nur durch ein Zusammenspiel der verschiedenen Akteure im Haupt- und im Ehrenamt können wir dabei erfolgreich sein.

Die vorliegende Dokumentation fasst die Ergebnisse des WIR-Projekts „TRIA-logisch“ zusammen. Ziel des Projekts war es, die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen im Bereich der Begleitung und Integration von Geflüchteten unter die Lupe zu nehmen, um dann gemeinsam zu erarbeiten, wie diese Zusammenarbeit verbessert werden kann. Ehrenamtliche und Hauptamtliche bestätigen, dass sie die Aufgaben und spezifischen Herausforderungen der „anderen“ zu wenig kennen, und daher die gegenseitige Anerkennung fehlt. So stehen Hauptamtliche vor allem vor der Schwierigkeit, an Vorschriften gebunden zu sein während Ehrenamtliche Hauptamtlichen Vorschriftentreue auf Kosten von Empathie ankreiden.

Im Projekt „TRIA-logisch!“ ging es darum, miteinander zu sprechen statt übereinander. Das geschah unter anderem in zahlreichen Workshops bei der gemeinsamen Bearbeitung integrationsrelevanter Themen und in

zahllosen informellen Gesprächen zwischen den Akteuren. Im besten Falle ergab sich so eine Win-Win-Situation, in der beide Seiten die jeweils andere als hilfreich und bereichernd empfanden.

Im Namen des Lahn-Dill-Kreises danke ich allen Akteuren herzlich für Ihre Beteiligung und ihr Engagement und wünsche Ihnen weiterhin Energie und Zuversicht. Mein Dank geht auch an das Hessische Ministerium für Soziales und Integration (HMSI), dass das Projekt über das Landesprogramm WIR finanziell gefördert hat. Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich eine anregende Lektüre.



Stephan Aurand
Hauptamtlicher
Kreisbeigeordneter



Das Projekt „TRIA-logisch!“ wurde im Rahmen des hessischen Landesprogramms „WIR“ im Zeitraum August 2017 bis Dezember 2020 durchgeführt. Das Landesprogramm fördert Maßnahmen in den Themenfeldern „Interkulturelle Öffnung“ und „Willkommens- und Anerkennungskultur“. Es wurde mit dem Ziel entwickelt, die Integrations- und Teilhabechancen von Menschen mit Migrationshintergrund in Hessen zu verbessern, insbesondere von neu Zugewanderten. Daher liegen die Programmschwerpunkte zum einen auf der interkulturellen Öffnung von Ämtern, Behörden, Wohlfahrtsverbänden und Vereinen, zum anderen auf dem Ausbau der Willkommens- und Anerkennungskultur in den hessischen Kommunen und Kreisen unter Einbeziehung von allen Bürger*innen.

Im Projekt „TRIA-logisch!“ geht es darum, verschiedene Akteursgruppen aus dem Bereich der Integrationsarbeit, nämlich hauptamtlich Tätige in der Kreisverwaltung und in den Kommunalverwaltungen sowie

ehrenamtlich Engagierte in den Kommunen in einen Austausch zu bringen und die Motivation zur Zusammenarbeit zu fördern. Mit dem Projekt sollten folgende allgemeine Ziele erreicht werden:

- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Hauptamt und Ehrenamt in den Kreiskommunen im Sinne eines „kommunalen Tandems“
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen der Kreisverwaltung und den Kommunen (Städte und Gemeinden im Lahn-Dill-Kreis)

Dabei geht es um die Frage, wie die Akteure voneinander profitieren und sich in ihren Stärken ergänzen können. Im Projektzeitraum 2017 bis 2020 wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren zu fördern.



TRIA-log
„erfahrbar“



2.1 Der Lahn-Dill-Kreis, eine ländliche Region

Der Lahn-Dill-Kreis gehört zu den ländlichen Regionen Hessens (in Abgrenzung zu großstädtischen Regionen). Das Gebiet des Lahn-Dill-Kreises hat eine Ost-West-Ausdehnung von ca. 38 km. Vom nördlichsten bis zum südlichsten Punkt sind es etwa 55 km. Insgesamt erstreckt sich der Kreis über eine Fläche von gut 1.064 Quadratkilometern.

[2019](#) lebten hier 253.777 Einwohner*innen in 8 Städten und 15 Gemeinden. Der Lahn-Dill-Kreis ist eine Gebietskörperschaft in Rechtsform eines Landkreises im Regierungsbezirk Gießen in Hessen. Der Verwaltungssitz befindet sich in der Kreisstadt Wetzlar und umfasst Nebenstellen in Dillenburg, Herborn und Haiger. Die kleinste Kreiskommune ist Siegbach mit knapp 2.600 Einwohnern, die größte Kommune ist die Sonderstatusstadt Wetzlar mit rund 54.000 Einwohner*innen.

Ländliche Regionen werden oft mit Natur, viel Platz zum Wohnen oder romantischer Idylle verbunden – das gibt es auch im Lahn-Dill-Kreis. Andererseits kennzeichnet den Kreis die höchste Industriedichte in Hessen. Dazu gehören familiengeführte Handwerksbetriebe wie auch weltweit operierende Unternehmen mit hohem Bedarf an



Quelle: Andreas Trepte, Wikimedia Commons

[Fachkräften](#). Im [Prognos-Zukunftsatlas](#) belegte der Lahn-Dill-Kreis Platz 211 von 401 Landkreisen, Kommunalverbänden und kreisfreien Städten in Deutschland und zählt damit zu den Regionen mit „ausgeglichene-m Chancen-Risiko Mix“.

Das [Hessische Statistische Landesamt](#) prognostiziert eine Abnahme der Bevölkerung im Zeitraum 2018 bis 2040 um 13,8 %.

„Kurze Wege im Sozialen, lange Wege im Raum“ – so lässt sich die Unterbringung von Geflüchteten im ländlichen Raum zusammenfassen. Ländliche Räume bieten weniger

Zugänge zu gesellschaftlichen Möglichkeiten. Auf der anderen Seite steht ein engeres soziales Beziehungsgefüge, mit allen Vor- und Nachteilen. Kleine Kommunen erleben den Zuzug von Geflüchteten teilweise als Belebung des Dorflebens, wenn zum Beispiel durch den Zuzug von Familien Schließungen von Kitas oder Schulen vermieden werden. Häufig existiert auf dem Land eine in der Nachbarschaft und im Vereinsleben verankerte Unterstützungsstruktur. Dies kann für Geflüchtete eine wertvolle Unterstützung sein, sofern sie Zugang hierzu erhalten. Es gibt aber auch reservierte bis ablehnende Haltungen, wenn sich das gewohnte Lebensumfeld der ansässigen Bevölkerung verändert (vergl. Forschungsbericht 36, BAMF). Dies führt nicht zwangsläufig zu offen ausgetragenen Konflikten, sondern äußert sich durch ein beziehungsloses Nebeneinander von Einheimischen und Zugewanderten. Im Vergleich zu städtischen Räumen ist die Zahl der Zugewanderten relativ gering – häufig stammen sie aus unterschiedlichen Ethnien, was eine Selbstorganisation vor Ort erschwert.

Ziel und Aufgabe für die kommunale Politik und Verwaltung ist es daher, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und die nachhaltige Entwicklung der Region voranzubringen.

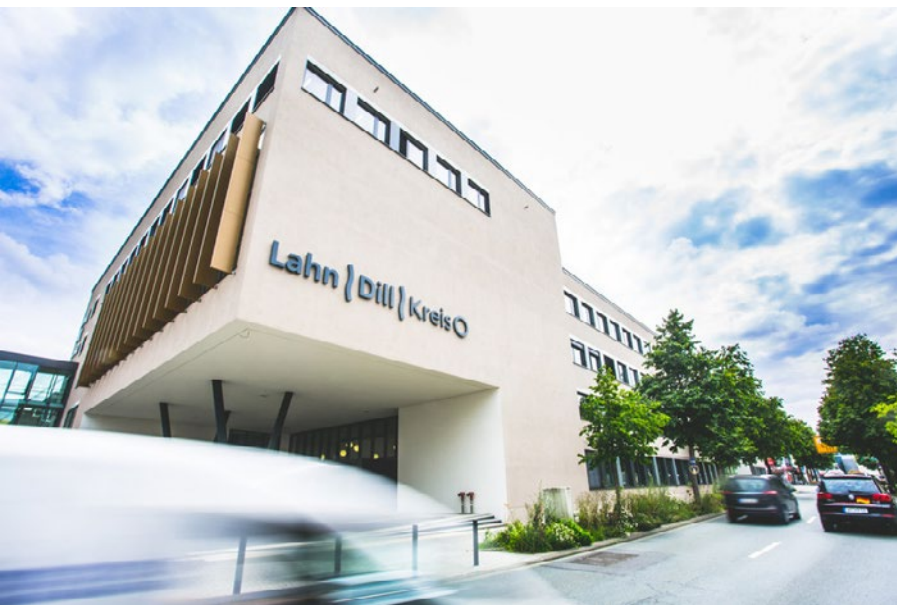
Der Kreis allein kann nicht das Gefühl vermitteln, dass sich neu Hinzugekommene im Lahn-Dill-Kreis auch zu Hause fühlen. Aber er kann hierfür den Rahmen schaffen. Zu diesem Rahmen gehört auch ein starkes bürgerschaftliches Engagement in den Dörfern, Städten und Gemeinden des Kreises.

2.2 Zahlen zur Zuwanderung

Der Anteil nicht deutscher Bevölkerung beträgt im Lahn-Dill-Kreis 11% (in Wetzlar 17%, in Siegbach 2%, vergl. ekom21). Der Anteil der Einschulungskinder mit Migrationshintergrund lag 2018 bei 26% (in Wetzlar bei 37%, in Waldsolms und Siegbach bei 4%, vergl. Bildungsbericht 2020). Im Zeitraum 2014 bis 2019 wurden im Lahn-Dill-Kreis 8.176 Geflüchtete aufgenommen. Hauptherkunftsländer waren dabei Syrien, Afghanistan, Irak und Pakistan.

Ende 2019 lebten 1.512 Asylbewerber*innen in den vom Kreis angemieteten Gemeinschaftsunterkünften (dies entspricht 0,6% der Gesamtbevölkerung). Dem Konzept eines dezentralen Unterkunftsmanagements folgend, befinden sich Gemeinschaftsunterkünfte in allen 23 Kreiskommunen. Ende 2020 waren dies insgesamt 140 Unterkünfte (2017 waren dies rund 280, Auskunft Kreisverwaltung, FD 41.4).





Dienstgebäude
der Kreisverwaltung
in Wetzlar

2.3 Integrationsverständnis

Die [menschenwürdiger Unterbringung Geflüchteter](#) ist für die Kreisverwaltung eine besondere kommunale Herausforderung, zum anderen sollen aber auch die demografischen Chancen der Zuwanderung aktiv wahrgenommen werden.

2017 verabschiedete der Kreistag „[Leitlinien zur Integration Geflüchteter](#) im Lahn-Dill-Kreis“, die allen am Prozess Beteiligten Orientierung geben sollen und den Rahmen der Maßnahmen definieren. Der Lahn-Dill-Kreis versteht sich dabei als Dienstleister und Unterstützer gegenüber Städten und Gemeinden, den Wohlfahrtsverbänden, den Initiativen und Vereinen und den ehrenamtlichen Akteuren. Damit soll die gleiche Teilhabe aller Menschen (im Kreis) ebenso wie ein friedliches Miteinander sichergestellt werden.

In den Leitlinien werden die Aufgaben des Lahn-Dill-Kreises definiert:

- Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit in den Städten und Gemeinden
- Schulung von Ehrenamtlichen
- Auslobung eines Ehrenamtspreises
- Aktivierung ehrenamtlicher Integrationslots*innen
- Sprachunterrichtsangebote und Abstimmung aller Institutionen im Bereich Sprachvermittlung
- Schaffung eines Angebotsüberblicks zu Familie, Sprache, Beruf, Sport und Kultur
- Steuerung der dezentralen Unterkünfte
- Begleitung der Geflüchteten durch Sozialarbeiter*innen
- Entwicklung eines Konzepts zur Wertevermittlung auf Gemeindeebene
- Kontaktpflege mit allem Berufs- und Arbeitsmarkt relevanten Akteuren
- Interkulturelle Schulung der Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung
- Verwaltungsmäßige Bearbeitung und Begleitung des Integrationsprozesses der Geflüchteten
- Lahn-Dill-Kreis als erster Ansprechpartner für alle Akteure

2.4 Ausgangslage und Bedarfe

Im Bereich kommunaler Integrationsarbeit sind verschiedene Akteure unterwegs. Dies sind - neben weiteren - hauptamtliche Angestellte der Kreisverwaltung, Bürgermeister*innen und Angestellte in den Städten und Gemeinden des Kreises, hauptamtliche Vertreter*innen etablierter zivilgesellschaftlicher Organisationen und Wohlfahrtsverbände und freiwillig Engagierte / Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit. Das Projekt „TRIA-logisch“ fokussiert auf drei der kommunalen Akteure: die hauptamtlich Angestellten in der Kreisverwaltung, die Bürgermeister*innen und Angestellten in den Kreiskommunen und die Ehrenamtlichen.

Aus den Leitlinien zur Integration Geflüchteter folgt, dass der Lahn-Dill-Kreis für sich die Rolle als Organisator und Koordinator des Integrationsprozesses beansprucht. Die Umsetzung der vielfältigen Aufgaben setzt ein Wissen über die zu beteiligenden Akteure und ein hohes Maß an kommunikativen Fähigkeiten voraus. Eine Analyse der Ausgangssituation vor Projektbeginn im Lahn-Dill-Kreis kommt zu folgenden Aussagen:

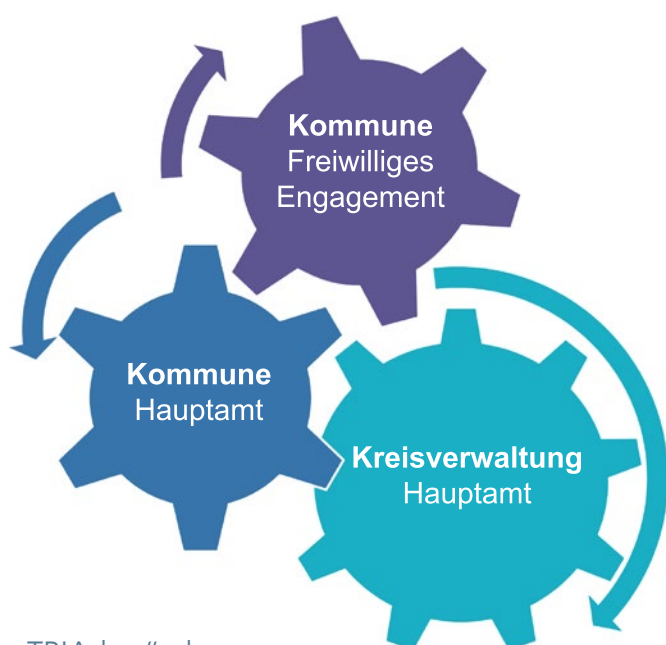
- Die Kreiskommunen als Orte, in denen Geflüchtete leben, sehen sich wachsenden Herausforderungen gegenüber (Familiennachzug, hoher Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für bereits anerkannte Asylbewerber*innen, Frustration einzelner, die bereits mehrere Jahren in Gemeinschaftsunterkünften leben etc.)
- Es existiert ein Informationsgefälle zwischen Kreis, Kommunen und Ehrenamt im Hinblick auf die Angebote der jeweiligen Akteure
- Es gibt noch keinen strukturierten Informationsfluss zwischen Kreisbehörde, Kreiskommunen und freiwillig Engagierten/Ehrenamtlichen vor Ort
- Die Angebots- und Zuständigkeitsvielfalt im Kreis ist unübersichtlich
- Freiwillig Engagierte sind aufgrund ihrer „eigenen Agenda“ schwerer zu erreichen (besonders dann, wenn sie als „Einkämpfer*innen“ aktiv sind)
- Die Kommunikation zwischen Kreiskommunen (Hauptamtliche und freiwillig Engagierte) und Kreisverwaltung ist verbesserungswürdig

Dillenburg,
eine Stadt im
ländlichen Raum



3.1 Hintergrund und Projektziele

„Trias“ meint Dreizahl oder Dreiheit. Bezogen auf das Projekt bedeutet dies, drei relevante Akteursgruppen miteinander ins Gespräch zu bringen: Hauptamtliche in der Kreisverwaltung sowie Hauptamtliche und Ehrenamtliche in den Kreiskommunen. „Logisch“ ist dabei zu verstehen im Sinne von „selbstverständlich“, aber auch als eine von zwei oder mehreren Personen geführte Rede, Gegen-rede, Zwiegespräch (vergl. Duden).



„TRIA-log“ als
idealtypisches Modell

Im Sinne dieses idealtypischen Modells geht es also um ein „funktionierendes Ganzes“ aus Haupt- und Ehrenamt, bildlich gesprochen ein Getriebe, bei dem alle Zahnräder ineinandergreifen und das möglichst ohne Widerstände läuft. Mit dem Projekt „TRIA-logisch!“ soll die Zusammenarbeit zwischen Kreisverwaltung und den Kreiskommunen im Handlungsfeld der Integration Geflüchteter gefördert und die Zusammenarbeit zwischen

haupt- und ehrenamtlich Tätigen in den Kommunen gestärkt werden.

Die Projektziele im Detail lauten:

- Die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt soll durch Bildung von „koordinierenden Tandems“ aus Hauptamt und Ehrenamt in den Kommunen des Lahn-Dill-Kreises gefördert werden (Förderung der intrakommunalen Zusammenarbeit).
- Damit die „Tandems“ einen Überblick über haupt- und ehrenamtliche Unterstützungs- und Integrationsangebote in der jeweiligen Kommune/in der Region geben können, sollen diese durch entsprechende Angebote für diese Aufgabe fit gemacht werden.
- Ein zuverlässiger Informationskanal vom Kreis zu den Kommunen sowie von den Kommunen zum Kreis und zum Ehrenamt soll etabliert werden (z.B. im Hinblick auf die sich schnell ändernde Rechtslage, auf aktuelle Förderinstrumente und Angebote).
- Durch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen kommunaler Verwaltung (Kommune und Kreis) und Ehrenamt soll der Informationsfluss gesichert und der Zielgruppe der Geflüchteten passgenau zur Verfügung gestellt werden.
- Der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen im Kreisgebiet soll gefördert werden (Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit).

Das Projekt soll einen Beitrag leisten, um strukturelle Integrationsbedingungen zu verbessern. Voraussetzung hierfür ist, dass

- Rollen und Zuständigkeiten von Haupt- und Ehrenamt klar definiert und untereinander abgestimmt sind.
- klare Kommunikationswege zwischen Haupt- und Ehrenamt existieren, um die zeitnahe Bereitstellung von wichtigen Informationen und von Unterstützung für die Zielgruppe der Geflüchteten zu ermöglichen.
- Angebote zur Förderung der Integrationsbemühungen vor Ort passgenau die jeweiligen Zielgruppen erreichen.

3.2 Verschiedene Akteure arbeiten zusammen

Das Projekt „TRIA-logisch!“ fokussiert auf drei Akteursgruppen im Bereich der Integration von Geflüchteten: die Hauptamtlichen in der Kreisverwaltung, die Hauptamtlichen in den kommunalen Verwaltungen und die Ehrenamtlichen in den Kreiskommunen. Diese drei Akteursgruppen unterscheiden sich in mehrfacher Hinsicht voneinander: in ihrer Aufgabenstellung und ihrem Selbstverständnis, in ihrer Funktion und Rolle innerhalb von Gesellschaft und ihrem dadurch bedingten Verhalten gegenüber den anderen Akteuren und der Zielgruppe der Geflüchteten. Gemein ist den drei Gruppen ihre Klage über Konflikte und Reibungsverluste, das nicht Respektieren von Aufgaben- und Verantwortungsbereichen sowie einer mangelnden Abstimmung untereinander. (vergl. Buchner und Koch, HMSI 2016).



Verschiedene
Akteure
arbeiten
zusammen

3.3 Maßnahmen zur Erreichung der Projektziele

Übergeordnetes Projektziel ist eine Optimierung der Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt.

Im Projektverlauf wurden verschiedene Maßnahmen zur Erreichung dieses Projektziels implementiert:

Maßnahme 1: Workshop-Angebote

- Bildung von „koordinierenden Tandems“ aus Haupt- und Ehrenamt in den Kreiskommunen
- Kreisweites Netz von Kommunalen Tandems und Förderung des Austauschs untereinander
- Förderung des Informationsweitergabe und eines einheitlichen Wissensmanagements

Maßnahme 2: Besuche in den Kommunen

- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Kreisverwaltung und Kommunen im Feld der Integrationsarbeit
- Förderung des Informationsaustausches

Maßnahme 3: LDK-WIR-Newsletter

- Förderung eines einheitlichen Wissensmanagements
- Etablierung eines zuverlässigen Informationskanals vom Kreis zu den Kommunen

Maßnahme 4: Fallmanager als Ansprechpartner für alle Akteure

- Förderung der Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren
- Verbesserung der Kommunikation zwischen Kreisverwaltung und Kommunen

Die Projektphasen:

	2017	2018	2019	2020
Projektphasen	„Entwicklung und Auftakt“	„Orientierung und Erweiterung“	„Konsolidierung“	„Auswertung und Abschluss“
Maßnahme 1: Workshop-Angebote (Anzahl)	2	4	4	2
Maßnahme 2: Besuche in den Kommunen (Anzahl)	-	8	9	-
Maßnahme 3: LDK-WIR-Newsletter (Anzahl Ausgaben)	-	6	7	8
Evaluierung	-	Teilnehmer*innen-Befragung zu Workshops	Teilnehmer*innen-Befragung zum Projektverlauf	Projekt-Dokumentation

4.1 Darstellung der verschiedenen Maßnahmen

Workshopreihe (Maßnahme 1)

Die Workshops für die drei Akteursgruppen waren ein zentrales Element im Rahmen der verschiedenen Maßnahmen im Projekt und fanden kontinuierlich im gesamten Projektzeitraum statt. Mit der Durchführung der Workshops wurden folgende Ziele angestrebt:

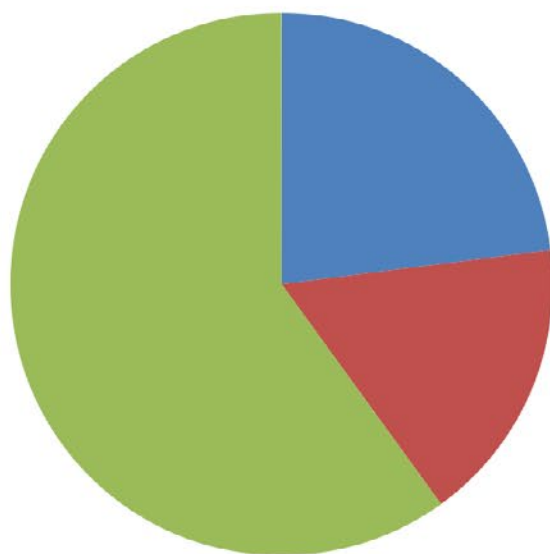
- Bereitstellung eines kreisweiten bedarfsorientierten Angebots, um die verschiedenen Akteure zusammenzubringen
- Plattform für ein gegenseitiges Kennenlernen, für einen konstruktiven

Austausch und für eine gezielte Informationsweitergabe

- Workshops als Orte der Reflexion des eigenen Tuns und der Rollenklärung
- Förderung der Vernetzung untereinander
- Stärkung praktischer Handlungskompetenzen für die tägliche Arbeit in den Kommunen

Die 12 Workshops wurden von insgesamt 170 Teilnehmer*innen besucht. Teilnehmer*innen aus 14 von 23 Kommunen nutzten die Workshop-Angebote (61%). Die Teilnehmer*innen der Kreisverwaltung kamen überwiegend aus den Fachdiensten Zuwanderung und Integration sowie der Ausländerbehörde. Die Teilnehmer*innen setzten sich wie folgt zusammen:

Teilnehmer*innen Workshops



- Hauptamtliche Kreiskommunen
- Hauptamtliche Kreisverwaltung
- Ehrenamtliche Kreiskommunen

Zusammensetzung der Teilnehmenden in den Workshops

Mit Projektstart 2017 wurden die Kreiskommunen zur Bildung von „kommunalen Tandems“ aufgerufen. Diese sollten sich idealerweise aus einer hauptamtlich tätigen Person aus der Stadt- oder Gemeindeverwaltung und einem Vertreter bzw. einer Vertreterin des Ehrenamtes zusammensetzen. Die „Tandems“ sollen einen Überblick über haupt- und ehrenamtliche Unterstützungs- und Integrationsangebote in der jeweiligen Kommune geben können, sowie ggf. die Koordination dieser Angebote übernehmen.

Die Einladungen zur Teilnahme an den Workshops gingen an Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung, an die Bürgermeister*innen sowie an die Ehrenamtlichen in den Kreiskommunen (Verteiler mit rund 100 Personen). Die Termine wurden mit Ausnahme des Auftakt-Workshops in den späten Nachmittag gelegt, um Berufstätigen die Teilnahme zu ermöglichen. Integraler Bestandteil zur Eröffnung der Workshops war ein gemeinsames Kaffeetrinken zum Kennenlernen und für einen informellen Austausch. Die Workshops wurden professionell moderiert und je nach Thema durch Fachreferent*innen ergänzt. Alle Teilnehmenden sowie alle bekannten Ansprechpartner*innen aus Haupt- und Ehrenamt erhielten im Nachgang der durchgeführten Workshops eine ausführliche Dokumentation der Veranstaltungen.

In „thematischen Aufbau-Workshops“ (8 Angebote) wurden aktuelle Themen der Integrationsarbeit aufgegriffen wie die Integration in den Arbeitsmarkt, asylrechtliche Erstinformation, Wohnen, Umgang mit psychischen Auffälligkeiten, Fördermöglichkeiten, Alltagsrassismus etc.

Die inhaltlichen Angebote der Workshop richteten sich nach den Bedarfen der Teilnehmer*innen. Rückblickend waren dies die teilnehmerstärksten Workshops. Hier stand die Vermittlung von Fachinformation im Mittelpunkt im Sinne einer Fortbildung.

In den „Vertiefungs-Workshops“ (4 Angebote) wurde schwerpunktmäßig die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt, die unterschiedlichen Erwartungen und Rollenverständnisse sowie die Grenzen des Engagements thematisiert, was ein hohes Maß an Bereitschaft zu kritischer Auseinandersetzung und Reflexion voraussetzte.

Ende 2018 nach Durchführung von 6 Workshops wurde eine Teilnehmendenbefragung durchgeführt (Online-Abfrage mit dem Umfrage-Tool Survey Monkey). 62,5% der Umfrage-Teilnehmer*innen bezeichneten das Workshopangebot als „ausgezeichnet“ oder „sehr gut“, 37,5% als „ziemlich gut“. 87,5% bezeichnete die Organisation der Workshops als „sehr gut“. Als besonders positiv wurden genannt:

- Regelmäßigkeit der Treffen
- Austausch mit Aktiven in anderen Kommunen
- Engere Zusammenarbeit mit der Flüchtlingshilfe vor Ort
- Wechselnde Themen mit kompetenten Referenten*innen
- Sachkundige und schnelle Informationsweitergabe vom Kreis zu den Kommunen
- Andere Aktive kennenlernen und Probleme teilen

Kritisiert wurden folgende Aspekte:

- Das Angebot kommt zu spät – es hätte schon 2016 zur Verfügung stehen müssen
- Für Berufstätige liegt der Beginn der Veranstaltung sehr früh, was es auch schwer macht, Geflüchtete einzubinden.
- Erreichbarkeit einzelner Veranstaltungsorte ohne PKW ist nicht möglich
- Wechselnde Besetzungen der Teilnehmer*innen, keine Kontinuität
- Es nehmen zu wenige Personen teil, insbesondere zu wenig Hauptamtliche

Workshops – „Kommunale Tandems“

	Workshop	Workshop Thema	Termin	Ort
1	Auftakt: Basis-Workshop (I)	Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt, Kommunale Tandems	19.08.2017	Dillenburg, Lahn-Dill-Akademie
2	Thematischer Aufbau-Workshop	Integration in den Arbeitsmarkt	23.11.2017	Sportjugend Hessen, Wetzlar
3	Vertiefung zum Basis-Workshop (II)	Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt, kommunale Tandems	22.02.2018	Herborn, Haus der Vereine
4	Thematischer Aufbau-Workshop	Asylrechtliche Erstinformationen	19.04.2018	Wetzlar, Kreishaus
5	Vertiefung zum Basis-Workshop (III)	Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt, kommunale Tandems – Schwerpunkt: Wohnen im Lahn-Dill-Kreis	21.06.2018	Wetzlar, Sportjugend Hessen
6	Thematischer Aufbau-Workshop	Umgang mit psychischen Belastungen und Traumata in der Arbeit mit Geflüchteten	08.11.2018	Wetzlar, AWLD Tagungsraum
7	Thematischer Aufbau-Workshop	Helfen vor Ort: Stärkung praktischer Handlungskompetenzen für die Integrationsarbeit	17.01.2019	Herborn, Tagungshaus Schloss Herborn
8	Thematischer Aufbau-Workshop	Fördermöglichkeiten und Projektanträge	14.03.2019	AWLD Wetzlar
9	Vertiefung zum Basis-Workshop (IV)	Mit dem Tandem in die Kreisverwaltung	06.06.2019	Wetzlar, Kreisverwaltung
10	Evaluierungs-Workshop	3 Jahre Kommunale Tandems: Ein Blick zurück - nach vorn!	14.11.2019	Gemeinde Hüttenberg
11	Thematischer Aufbau-Workshop	„Ich bin doch kein Rassist!“ Unbewusste Diskriminierung im Alltag	04.06.2020	Online-Veranstaltung
12	Vertiefung zum Basis-Workshop (V)	Zwischen Engagement und Social Distancing. Unterstützungsangebote unter Pandemiebedingungen	03.12.2020	Online-Veranstaltung

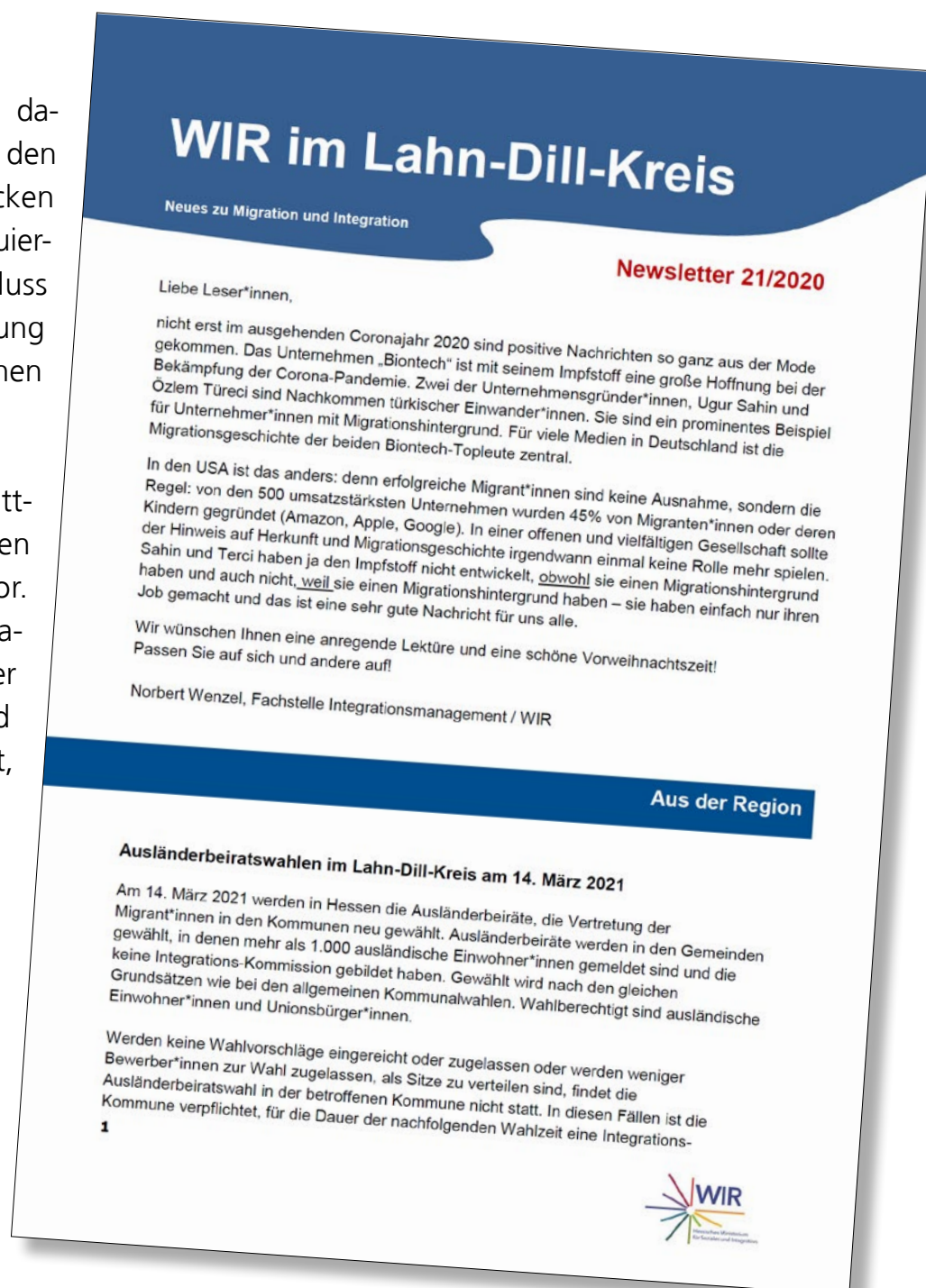
LDK-WIR-Newsletter (Maßnahme 2)

Der „LDK-WIR-Newsletter“ erschien erstmals im Januar 2018. Die ursprüngliche Idee bestand darin, regionale und überregionale Informationen für Projektbeteiligte zur Verfügung zu stellen, die im Rahmen der Workshops so nicht vermittelt werden konnten.

Der Newsletter sollte damit die Zeit zwischen den Workshops überbrücken und für einen kontinuierlichen Informationsfluss von der Kreisverwaltung zu den Kreiskommunen sorgen.

Ende 2020 liegen mittlerweile 21 Ausgaben des Newsletters vor. Aufgrund der Nachfrage wird der Newsletter auch an Personen und Institutionen versendet,

die nicht zum engeren Kreis der Projektteilnehmer*innen gehören. Im Verteiler des Newsletters befinden sich aktuell rund 300 Einzelpersonen und Institutionen im Kreis und darüber hinaus.





WIR-Fallmanager als zentraler Ansprechpartner für alle Akteure (Maßnahme 4)

Im Projektvorfeld wurde vor allem von Ehrenamtlichen in den Kreiskommunen die „schlechte Erreichbarkeit“ der Kreisverwaltung kritisiert. Hiermit ist zum einen gemeint, dass oft nicht klar ist, wer für welches Thema die richtige Ansprechpartner*in ist und zum anderen, dass zuständige Kolleg*innen tatsächlich nicht erreichbar sind

(zum Beispiel wegen Außendiensten). Mit der 2017 neu geschaffenen Stelle des „WIR-Fallmanagers“ im Lahn-Dill-Kreis steht jetzt ein Ansprechpartner für die verschiedenen Belange der drei Akteursgruppen zur Verfügung. Besonders in der Anfangsphase des Projekts 2017-18 machten Ehrenamtliche von dieser zusätzlichen Ressource Gebrauch. Der WIR-Fallmanager übernahm dabei die Rolle eines verweisenden Beraters.

Impressionen aus den Workshops









4.2 Wirkungen der Maßnahmen - aus Sicht der Akteure

Die Wirkung eines Projekts ist nicht leicht messbar und oft muss das „Bauchgefühl“ herhalten, um Aussagen treffen zu können. Im Projekt „TRIA-logisch!“ wurden die verschiedenen Akteursgruppen eingeladen, an einer Befragung zu den Projektmaßnahmen teilzunehmen. Die Befragung fand Ende 2019 mit dem Umfrage Tool „Survey Monkey“ statt. Die Ergebnisse sind als eher subjektiv einzuordnen, verlässliche Wirkungsindikatoren wurden vorab nicht definiert. 75% der durchschnittlich in den Workshops engagierten Personen beteiligten sich an der Umfrage. 55% der Teilnehmenden waren Ehrenamtliche, 45% Hauptamtliche aus den Kreiskommune und der Kreisverwaltung. Die Befragung richtete sich auf folgende Aspekte:

Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt in der Kommune

67,5% der Befragten stimmten der Aussage zu: „In unserer Kommune arbeiten Haupt- und Ehrenamt gut zusammen“. 22,5% glaubten das nicht beurteilen zu können.

Zusammenarbeit zwischen Kreisverwaltung und Kommunen

77,8% gaben an, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen im Lauf des Projekts verbessert habe, 11,1% stimmten dem nicht zu, 11,1% konnten hierzu keine Aussage treffen.

Workshops (Maßnahme 1)

100% der Befragten gab an, ähnliche Workshops auch in Zukunft besuchen zu wollen.

Besuche in den Kommunen (Maßnahme 2)

44,4% beurteilten den Austausch als wichtig und dieser sollte häufiger stattfinden. 33,3% sind der Auffassung, dass dies eine geeignete Maßnahme sei, um alle Akteure an einen Tisch zu bringen. 11,1 % wussten nichts von diesem Termin, bei anderen hatte der Termin noch nicht stattgefunden.

LDK-WIR-Newsletter (Maßnahme 3)

Für 77,8% der Befragten sind die LDK-WIR-Newsletter ein gutes Medium, um aktuelle Informationen aus erster Hand zu erhalten, 11,1% kannten den Newsletter noch nicht, 11,1% fanden den Newsletter interessant, aber zu umfangreich.

LDK-Integreat-App

Gefragt wurde nach der Nutzung der Integreat-App, obwohl sich diese primär direkt an die Zielgruppe der Geflüchteten richtet. Auch für haupt- und ehrenamtlich Engagierte liefert die App schnelle Antworten auf viele Alltagsfragen. 55,6% nutzte die App, um sich zu informieren, 22,2% nutzte dabei die Funktion „News“, um sich über Aktuelles zu informieren, 22,2% kannte die App noch nicht.

Wünsche und Bedarfe für die Zukunft

Die Teilnehmer*innen wurden abschließend nach Handlungsbedarfen und Wünschen für die Zukunft gefragt. Genannt wurde hier:

- Mehr Zusammenarbeit zwischen einzelnen Gemeinden und Ortsteilen, weniger „Kirchturmdenken“
- Weitere Schulungsangebote
- Feste Ansprechpartner*innen in der Verwaltung

- Bessere Vernetzung untereinander (hier: Ehrenamt - Kommunen übergreifend)
- Noch besserer Zugang zu Informationen
- Mehr Unterstützung durch Hauptamtliche vor Ort

100% der Befragten wünschen sich, dass die Kreisverwaltung auch in Zukunft Angebote wie die veranstalteten Workshops machen sollte.

Zusammen-
arbeit



4.3 Erkenntnisse: „Alle handeln im Rahmen ihrer Möglichkeiten“

Eine zentrale Erkenntnis im Rahmen des Projekts ist die einfache Feststellung, dass die verschiedenen Akteure im Integrationsprozess alle in einem von außen oder auch selbst gesetzten Rahmen tätig sind. Der jeweilige Rahmen bietet zum einen eine Vielzahl an Handlungsmöglichkeiten, bedeutet

aber auch Begrenzungen. Deshalb wurde im Lauf des Projekts immer wieder ein vertiefender Blick geworfen auf die Rollen und Zuständigkeiten der einzelnen Akteure und den Rahmen, in dem sie sich bewegen.

Die folgende Zusammenstellung zeigt die unterschiedlichen Perspektiven von haupt- und ehrenamtlich Akteuren auf:

	Hauptamt	Ehrenamt
Rolle	Berufsrolle	Freiwillig; Herzensangelegenheit
Haltung	Professionelle Distanz	Persönliche Beziehung, Emotion
Handlungsansatz	Rechtlicher Rahmen Dienstliche Vorgaben	Lösungsorientierung (Bsp. Wohnung vs. GU)
Fokus	„Alle Menschen“, zum Beispiel die im Sozialleistungsbezug - Gleichbehandlungsgrundsatz	Individuelles Schicksal
Aufgabe	Klar umrissen; auf ein bestimmtes Feld bezogen Expert*innen in ihrem Feld	Umfassend, ganzheitlich Generalist*innen
Perspektive	Kenntnis des Systems und der rechtlichen Grundlagen als Teil des Berufs	Häufig erstmaliger Kontakt mit Behörden und Formularen

Zusammenstellung: Karin Buchner und Norbert Wenzel

Im Folgenden wird der jeweilige Handlungsrahmen der verschiedenen Akteure zusammengefasst dargestellt. Die „Bewusstmachung“ und das Verstehen der Unterschiede war im Projektverlauf wichtig, um die Möglichkeiten von Zusammenarbeit auszuloten.

Die Kreisverwaltung – hauptamtliche Mitarbeiter*innen

Die 294 Landkreise in Deutschland sind Gebietskörperschaften mit dem Recht der kommunalen Selbstverwaltung (vergl. 28 Abs. 2 GG). Den Landkreisen sind als Träger von Ausländer- und Sozialbehörden, von Jugendämtern und Jobcentern, im schulischen Bereich sowie bei der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten viele Aufgaben zugewiesen, die unmittelbar mit der Integration von Migrant*innen zu tun haben.

Bei der Erfüllung der übertragenen Pflichtaufgaben als untere staatliche Behörde unterliegen die Landkreise der Rechts- und Fachaufsicht des Landes.

Ausgeklammert aus dem Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörden ist die Prüfung von Asylanträgen (ausschließliche Zuständigkeit BAMF). Die Bundesländer übertragen damit den Landkreisen auch eine explizit hervorgehobene Rolle im Hinblick auf die Integration. Den Landkreisen kommt damit eine besondere Verantwortung zu. Einerseits zeichnet die Kreisverwaltung verantwortlich für rein kommunale Angelegenheiten, andererseits arbeitet sie als staatliche Verwaltung, d.h. der Staat bedient sich kommunaler Verwaltungseinrichtungen. Neben den übertragenen Aufgaben nehmen Landkreise freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben wahr.

In Hessen sind die Landkreise (neben kreisfreien Städten) zuständig für die Verteilung und Unterbringung von Asylbewerber*innen in den Kommunen. Damit sind Landkreise immer auch im Spannungsfeld „Ordnungspolitik versus Sozialpolitik“ verortet. Als „staatliche Akteure“ haben sie durch die Übernahme von übergeordneten Arbeiten auch unangenehme Tätigkeiten wie die Kürzung von Sozialleistungen etc. zu übernehmen. Die Landkreise sind auf die Zusammenarbeit mit den Kreiskommunen angewiesen.

In den Stellenbeschreibungen von Hauptamtlichen ist eine Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen in der Regel nicht vorgesehen. Hauptamtliche Mitarbeiter*innen haben vor 2015 selten mit Ehrenamtlichen zusammengearbeitet. Hauptamtliche Mitarbeiter*innen erhalten in der Regel keine Anerkennung für die von ihnen geleistete Arbeit – weder von ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe Engagierten noch von den Geflüchteten selbst.

Die Kreiskommunen – hauptamtliche Mitarbeiter*innen

Wie die Landkreise sind auch die Kommunen Gebietskörperschaften mit dem Recht der kommunalen Selbstverwaltung. Städte und Gemeinden im Kreisgebiet spielen als „Orte der Integration“ eine zentrale Rolle im Integrationsprozess, wenn es darum geht, Menschen mit Migrationshintergrund willkommen zu heißen und bei der Integration in den Alltag zu unterstützen. „Die Gemeinde ist der Ernstfall der Demokratie“ (Johannes Rau, ehemaliger Ministerpräsident NRW, 1987). In den Städten und Gemeinden muss sich beweisen, ob und wie Integration und ein Zusammenleben in Vielfalt funktioniert.

Dabei müssen Städte und Gemeinden oft das umsetzen, was Berlin oder Brüssel auf politischer Ebene entscheiden.

Die Gemeinden beklagen, dass die Verwaltungsarbeit immer umfassender, großräumiger, schwieriger und finanziell aufwendiger würde. Sie übersteige häufig das Leistungsvermögen besonders kleinerer Gemeinden. Deshalb fordern Gemeinden oftmals Koordination und Unterstützung durch die Landkreise.

Zu den Pflichtaufgaben der Gemeindeverwaltungen gehören die Öffentliche Ordnung, Sportanlagen, Entwicklungsplanung, Abwasserbeseitigung etc. In sehr kleinen Gemeinden sind die Bürgermeister*innen zentrale Ansprechpartner*innen für alle Belange vor Ort. Zu den freiwilligen Aufgaben gehören vor allem die Bereiche Sport, Freizeitgestaltung und Kulturangebote. In Hessen kann zum Beispiel die Beantragung von Mitteln zur Finanzierung der Arbeit von Sportcoaches dazugehören oder in Einzelfällen auch die Koordination des Ehrenamts. Die personelle und finanzielle Ausstattung lässt darüberhinausgehende Erledigung von Aufgaben oft nicht zu.

Die Kreiskommunen – Freiwillig engagierte Bürger*innen

„Ohne Ehrenamt läuft es nicht!“ Aber wie läuft es beim Ehrenamt? Hierzu gibt die Allensbach-Studie von 2017 Auskunft: 11 % der deutschen Bevölkerung leistet aktiv Hilfe für Geflüchtete, 19 % hilft über Geld- und Sachspenden. Anders als in anderen europäischen Ländern werden nicht Anfeindun-

gen und Bedrohungen als zentrales Problem wahrgenommen, sondern bürokratische Hürden und mangelnde Flexibilität von Behörden.

Ein „Ehrenamt“ ist im ursprünglichen Sinn ein Engagement in öffentlichen Funktionen, legitimiert durch eine Wahl. Der Begriff ist in der Umgangssprache nicht klar von bürgerschaftlichem Engagement oder Freiwilligentätigkeit abgegrenzt. Allgemein wird darunter altruistisches Handeln verstanden, bei dem eine Einzelperson oder eine Gruppe freiwillig und unentgeltlich Arbeit leistet. Ehrenamtliches Engagement hilft sowohl den Nutznießer*innen als auch den Helfenden.

Der Begriff „Ehrenamt“ wird in der Literatur beinahe durchgehend auch für freiwilliges bürgerschaftliches Engagement verwendet: „Ehrenamt ist in seiner Motivation, zeitlich, räumlich wie auch in der Art und Weise nicht steuerbar und nicht planbar. Ehrenamtliche wollen sich engagieren, aber nach eigenen Regeln, Möglichkeiten und Zielvorstellungen.“ (BMFSFJ, Kooperation von Haupt- und Ehrenamt als Gestaltungsaufgabe, Berlin 2015). In der vorliegenden Dokumentation werden die Begriffe „freiwilliges Engagement“, „bürgerschaftliches Engagement“ und „Ehrenamt“ synonym verwendet.

Besonders zu Beginn der verstärkten Zuwanderung war das freiwillige Engagement für Geflüchtete ausgeprägt. Dabei sind unterschiedliche Phasen des freiwilligen Engagements feststellbar. In der ersten Phase 2015-16 („Nothilfe und Erstversorgung“) ging es um schnelles und flexibles Erbringen von Leistungen, die Kommunen und staat-

liche Akteure so nicht erbringen konnten (zum Beispiel Fahrdienste zu nicht wohnort-nahen Terminen). In einer zweiten Phase ab 2017 ging es dann eher um die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe. Die zweite Phase ist geprägt durch einen deutlich geringeren Zuzug von Geflüchteten. Themen wie Sprachkurse, Zugang zum Arbeitsmarkt, Aufenthaltstitel, Rückführungen – alles Themen in Zuständigkeit der Verwaltungen – standen und stehen bis heute auf der Tagesordnung („Integrationsbegleitung“).

Eine Zäsur ist das Corona-Jahr 2020. Die Folgen für die Akteursgruppe der freiwillig Engagierten können noch nicht abschließend bewertet werden. Tatsache ist, dass viele Ehrenamtliche aufgrund ihres Alters selbst zur Risikogruppe gehören und damit für sie eine besondere Vorsicht im Umgang mit anderen geboten ist.

Die Motivationen für freiwilliges Engagement sind unterschiedlich (moralisch, religiös, humanitär), gründen aber in der Regel auf einem politischen Realismus basierend auf den Grundstrukturen der politischen und gesellschaftlichen Ordnung (was Kritik nicht ausschließt). Das Handeln ist eher auf ein Gelingen von Integration ausgerichtet. Freiwilliges Engagement geht stark von Einzelpersonen aus und ist deshalb oft auch auf Einzelne bzw. Familien konzentriert.

Oft gibt es emotionale Bindungen zwischen Ehrenamtlichen und Geflüchteten („Der Einzelfall zählt!“). Anerkennung und Dank sind das „Gehalt“ der freiwillig Engagierten. Freiwillig Engagierte können oft staatliche Unterscheidungskriterien, wie die Einteilung

der Geflüchteten in jene mit guter und solche mit schlechter Bleibeperspektive, nicht nachvollziehen. Oftmals bekommen sie mit, wenn Menschen mit schlechter Perspektive im Alltag diskriminiert werden.

Durch Ihren Einsatz können Ehrenamtliche zu einer Klimaverbesserung vor Ort beitragen, sie können eine Scharnier- und Vermittlungsfunktion zwischen Geflüchteten und Verwaltung einnehmen. Sie wünschen sich eine professionell arbeitende Verwaltung, bessere Kommunikation, zeitnahe Information, klare Zuständigkeiten, verlässliche Strukturen, feste Ansprechpartner (vergl. Koch und Buchner, 2015).

Feststellbar im Lahn-Dill-Kreis ist ab 2018 ein Rückgang der Zahl der Engagierten in der Flüchtlingshilfe. Die Ursachen sind vielfältig: private Verpflichtungen, fehlende materielle oder ideelle Unterstützung, nicht klare Rollendefinition, Konflikte mit dem Hauptamt, Frustration bei Abschiebung oder Wegzug von Geflüchteten. Von 2015 bis heute erfolgte eine Entwicklung von spontanen Nothelfer* innen zu Dauerbegleiter*innen, die in einem institutionalisierten Rahmen agieren. Dort sind nicht immer alle glücklich, da hier der für freiwillig Engagierte typische Aspekt der „Selbstbestimmung“ nur noch eingeschränkt zum Tragen kommt.

Bei anderen ehrenamtlich Engagierten ist ein Stimmungswechsel feststellbar – nach dem Motto: „Das soll jetzt mal der Staat richten! Wieder andere haben ihre freiwilligen Aktivitäten in andere Engagementbereiche verschoben.

4.4 Ergebnisse und offene Fragen

Im Verlauf des Projekts „TRIA-logisch!“ konnten Ansatzpunkte für eine gute Zusammenarbeit der verschiedenen Akteursgruppen gefunden und Vorstellungen über Sinn, Zweck und Ziel der Zusammenarbeit entwickelt werden. Es konnte ein größeres Verständnis füreinander entwickelt werden. Das persönliche Kennen der verschiedenen Akteure und deren Situation hat eine vorher nicht so dagewesene Nähe geschaffen. Eindrucksvoll konnte das zum Beispiel im 6. Workshop der Reihe erfahren werden, als die Teilnehmer*innen in der Kreisverwaltung zu Gast waren und Kolleg*innen aus verschiedenen Fachdiensten von ihrem oft herausfordernden Arbeitsalltag berichteten.

Die Kommunikation zwischen den drei Akteursgruppen war dabei kein Selbstläufer, sondern bedurfte der Organisation. Im Alltag treffen die verschiedenen Akteure oft nur im Fall eines Konflikts aufeinander. Wo aber die Zusammenarbeit funktioniert, sind die Reibungsverluste vor Ort geringer. Informationen schaffen Transparenz und Transparenz schafft Vertrauen. Im Projektverlauf wurden durchgängig Informationsbedarfe der Teilnehmenden ermittelt und aufgegriffen, in Form von Themensetzungen für die Workshops, in Artikeln im Newsletter oder auch durch persönliche Beratung.

Die zentralen Fragen der Teilnehmer*innen im Projektverlauf wurden in den Workshops bearbeitet, konnten jedoch nicht immer als abschließend beantwortet verbucht werden:

- Die Frage der Zuständigkeiten – wer ist für auf welcher Ebene zuständig (Bund, Land, Kreis, Kommune)?
- Die Frage nach den gesetzlichen Vorgaben und Regelungen
- Die Frage nach dem Spielraum für Veränderungen: Was ist veränderbar und was muss als „gegeben“ akzeptiert werden?
- Wie kann die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt nachhaltig gestaltet werden (auch nach Abschluss des Projekts)?
- Wie kommt man zu praktikablen Lösungen, die den Interessen aller Beteiligten gerecht werden, aber auch in den vorgegebenen Rahmen passen?



Die verschiedenen Angebote haben zum großen Teil die beabsichtigten Wirkungen entwickelt. Um die Erfolge nachhaltig zu sichern, bedarf es auch in Zukunft personeller Ressourcen und einer entsprechenden finanziellen Ausstattung. In der Evaluierungsphase des Projekts benannten die Teilnehmenden die noch nicht gelösten Problemfelder und formulierten die Herausforderungen im Bereich der Integration, den sie als komplexen und langwierigen Prozess erkennen:

- Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt für Geflüchtete
- Mobilität im Landkreis (als Thema, das nicht nur Geflüchtete betrifft)
- Kommunikation mit Behörden (Erreichbarkeit, Transparenz, Bürokratie)
- Rückgang der Zahl ehrenamtlicher Helfer*innen bei gleichzeitiger Überlastung und Überforderung freiwillig Engagierter
- Mangelnde Erfolgserlebnisse und teilweise Frustration angesichts des Verhaltens einzelner Geflüchteter

Mit Abschluss des Projekts Ende 2020 ergeben sich aus Sicht der Projektverantwortlichen folgende Fragen:

- Wie nutzen wir die Lernerfahrungen für zukünftige Veränderungsprozesse?
- Was von dem Gelernten und den Erfahrungen kann für andere Gruppen (zum Beispiel Vereine vor Ort) oder für zukünftige (Not-) Situationen nützlich sein?
- Wie kann die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement auch nach Abflauen der verstärkten Zuwanderung kanalisiert werden?
- Wie bleiben alle Akteure im „Trialog“?
- Wie kann die weitere Integration in den Kommunen gelingen?
- Wie entwickeln wir ein gemeinsames Verständnis von „Integration“?
- Braucht es eine „neue Überschrift“, um weitere gesellschaftlichen Gruppen einzubinden?
- Soll etwas (hier der Trialog) „künstlich“ am Leben erhalten werden, dessen Zeit vielleicht vorbei ist? Gibt es einen Pool an Engagierten auf Kreisebene, die zusammen weiterarbeiten können?
- Welche gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen werden in den Kommunen gesehen?
- Was können Geflüchtete im Integrationsprozess selbst beitragen?

Offen
sein für
Veränderung



5.1 Was sich im Projektzeitraum verändert hat

Veränderungen bedeuten immer auch neue Herausforderungen. Das Engagement für Menschen mit Fluchthintergrund hat sich von 2015 bis heute gewandelt. Die Problemlagen der Geflüchteten haben sich teilweise verändert, die Strukturen ehrenamtlicher Hilfen sind im Wandel (von der Grundversorgung zur Betreuung komplexer Einzelfälle). Auch die Verwaltungen haben sich in dieser Zeit anders aufgestellt. Entscheidend ist der Umgang mit Veränderungen und welche Bedarfe sich dann für die Arbeit ergeben – sei es für die haupt- oder ehrenamtliche Arbeit.

Vom Projektstart 2017 bis zum Projektende 2020 hat die Zahl der neu zugewiesenen Geflüchteten deutlich abgenommen. Rund 50% der 2015 und 2016 Angekommen übt heute eine Beschäftigung aus. Viele leben mittlerweile in Privatunterkünften. Auf der einen Seite wird beklagt, dass das Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe stark nachgelassen habe, auf der anderen Seite scheinen sich Bedarfe auch verringert zu haben. Da, wo bereits vorab freundschaftliche Beziehungen

bestanden, leben diese auch nach Auszug aus den Gemeinschaftsunterkünften weiter fort. Im Projektzeitraum lässt sich eine „Professionalisierung“ auf allen Seiten feststellen: die Zuständigkeiten sind klarer, Ansprechpartner in den Institutionen sind bekannt und eine Sichtweise, die nicht Veränderbares eher akzeptiert, scheint sich durchgesetzt zu haben.

Insgesamt gehen Kommunen eher pragmatisch und weniger ideologisch mit den Herausforderungen von Zuwanderung und gesellschaftlicher Vielfalt um. Dabei konnten die Kommunen oft auf bürgerschaftliche Netzwerke zurückgreifen, die sich bereits vor der verstärkten Zuwanderung gebildet hatten. Überwiegend gibt es heute ein Miteinander von Ehren- und Hauptamt, von Verwaltung und Zivilgesellschaft. Diese Kooperation hat dazu geführt, dass die vorhandenen Herausforderungen vielerorts gut gemeistert wurden. Für die Zukunft braucht es eine Stabilisierung und Stärkung dieser Kooperationsstrukturen. Voraussetzung hierfür ist eine transparente Kommunikation aller Akteure.



5.2 Praxischeck Corona: Zwischen Engagement und physischer Distanz

Das letzte Projektjahr fiel in das Corona-Jahr 2020. Veranstaltungen wie geplante Präsenztreffen in den Workshops mussten abgesagt werden und wurden zum Teil als Videokonferenzen angeboten. Dieses für viele ungewohnte Medium war nicht für alle akzeptabel. Andere begrüßten dies, da sie aufgrund großer Entfernungen zu einem Präsenztreffen nicht gekommen wären. Der regelmäßige Kontakt der Ehrenamtlichen zur Zielgruppe der Geflüchteten war so wie zuvor nicht mehr möglich. Teilweise wurde ehrenamtlicher Deutschunterricht per WhatsApp fortgesetzt, Treffen mit Einzelpersonen wurden nach vorheriger Absprache in den Außenraum verlegt.

Viele ehrenamtlich Engagierte erlebten die neuen Umstände solidarischer Arbeit als

großen Rückschritt, gerade im Hinblick auf die Kontakt- und Spracherwerbsmöglichkeiten. Die mehrsprachige Integreat-App erwies sich dabei als zuverlässiger Begleiter zur Vermittlung von aktueller Information zur Pandemielage.

In den Gemeinschaftsunterkünften ist es schwierig, die geforderten Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten, ein Infektionsrisiko ist dementsprechend höher.

Haupt- und Ehrenamtliche aus 10 von 23 Kommunen ließen sich nach einem Aufruf des WIR-Fallmanagers im November 2020 in eine „Versorgungslandkarte“ für den Krisenfall eintragen. Ziel war es dabei, Ansprechpartner*innen zu identifizieren zu einer möglicherweise erforderlichen Versorgung mit Lebensmitteln für eine Unterkunft unter Quarantäne. Hierbei erwies sich das Netzwerk der kommunalen Tandems als sehr hilfreich.

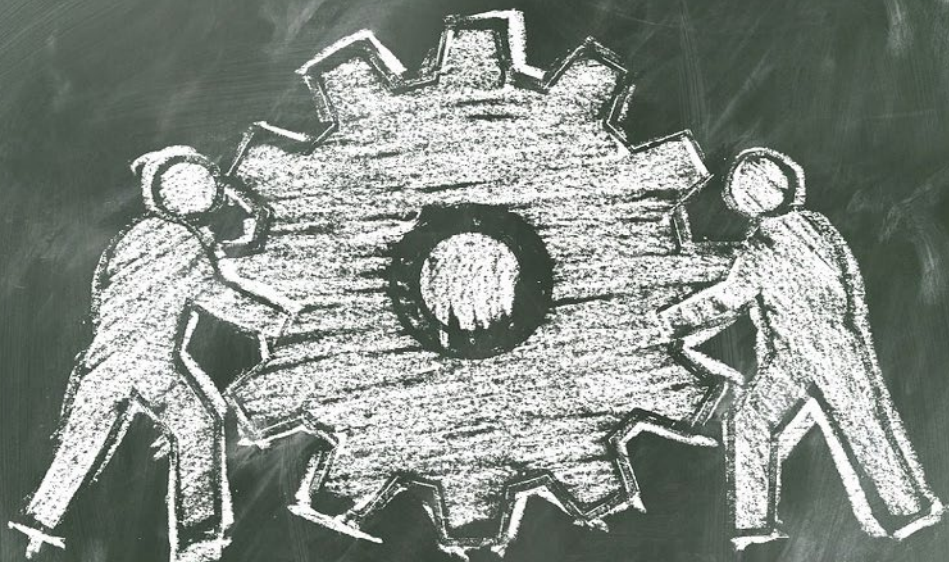


Im „Trialog“, vor allem in der begleitenden Workshopreihe, wurden die Unterschiede zwischen einer haupt- und einer ehrenamtlichen Tätigkeit analysiert im Hinblick auf die jeweilige Rolle, auf das Selbstverständnis und die daraus resultierenden Aufgabenstellungen. Durch einen Perspektivwechsel wurde mehr Verständnis und Akzeptanz für die Rolle des anderen generiert. Wenn die unterschiedlichen Rollen der Akteure klar sind, können diese im Bewusstsein der eigenen Möglichkeiten gelebt werden und die Akteure profitieren von den Stärken des anderen. Im Geiste einer gegenseitigen Akzeptanz sind auch Konflikte besser zu durchstehen.

Kommunale Integration gelingt dort am besten, wo die politischen und administrativen Akteure Integration als ein Kernthema

des Gemeinwesens verstehen und sich gezielt dieser Aufgabe stellen. Die Verantwortlichen in der Kreisverwaltung und in den Kreisgemeinden brauchen hierzu die Unterstützung der lokalen Bevölkerung. Ehrenamtlich Engagierte leisten hier einen wertvollen Beitrag.

Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren funktioniert nicht immer automatisch und bedarf in den meisten Fällen der Gestaltung. Das Projekt „TRIA-logisch!“ hat im Projektzeitraum 2017 bis 2020 durch die beschriebenen Angebote und Maßnahmen die unterschiedlichen Akteursgruppen näher zusammenzubringen können. Kooperation ist dabei die wichtigste Ressource kommunaler Flüchtlingspolitik.



Durch Kooperation gemeinsam Aufgaben bewältigen



Perspektive
Kommune (4a)

⇒ Unser Auftrag als Kommune / HA
[Selbstverständnis, Zuständigkeiten, Aufgaben]

⇒ Unsere Sicht auf Freiwillige: Welche Rolle(n) übernehmen sie idealerweise?

⇒ Was brauchen **wir** für eine gute Zusammenarbeit?

⇒ Was macht die Zusammenarbeit wertvoll?

⇒ Wo gibt es Stolpersteine?

PROFFICE

Greifenstein

Greifenstein

- ca. 7.100 Einwohner
- 10 OT - in 9 OT Gemeinschaftseinricht. des LDK (19 Einrichtungen - 178 Personen)
- Ansprechpartner für alle Fragen des Ehrenamtes (Kita, Gesunde, Behörden, ...)
- Willkommenskultur / Paten
- Begleitung Ärzte / Behörden / Wohnungssuche / Kleiderkammer / Vereinsarbeit - Sportcoach / ...

Stärken

- Runder Tisch auf Gemeindeebene
- Vernetzung des Ehrenamtes / Politik / Kirche / Verwaltung

Schwächen

- ÖPNV
- Wohnungsmarkt
- Arbeitsmarkt

Chancen

- zu Zeit intensivere Einzelfallbetreuung möglich

Risiken

- Überforderung Ehrenamt

KOMMUNE

1. **AUFTRAG**:

- ÜBERNAHME KOORDINATIONSAUFGABEN
- ANSPRECHPARTNER
- HERSTELLEN VON KONTAKTEN
 - JOBCENTER
 - AUSLÄNDERBEHÖRDE
 - JUGLICHE INSTITUTIONEN
- GELDER AKQUIRIEREN

2. **SICHT AUF FREIWILLIGE**:

- OHNE FREIWILLIGE IST KEINE INTEGRATIONSARBEIT MÖGLICH! DANKE DAFÜR
- NACH FÄHIGKEITEN („JEDER WAS ER KANN“)
- WERTSCHÄTZUNG

3. **GUTE ZUSAMMENARBEIT**:

- KOMMUNIKATION
- GEGENSEITIGES VERSTÄNDNIS
- FINANZIELLE MITTEL VON OBEREN BEHÖRDEN

4. **WERTVOLLE ZUSAMMENARBEIT**:

- VERTRAUENSVOLLER UMGANG
- ERFOLGSERLEBNIS (z.B. JOBEVERMITTLUNG...)
- ZUSAMMENHALT BEI KRISEN

5. **STOLPERSTEINE**:

- RECHTLICHE VORGABEN
- ÜBERFÖRDERUNG EHRENAHT

 Perspektive
Freiwillige 46 

- ➔ Unser Selbstverständnis: Wo fühlen wir uns zuständig? Wo sehen wir unsere Aufgaben?
- ➔ Aus unserer Sicht: Aufgabe(n) der Kommune / der HA?
- ➔ Was brauchen wir um unsere Aufgabe gut zu erfüllen?
- ➔ Was macht die Zusammenarbeit mit Hauptamt für uns wertvoll?
- ➔ Wo gibt es Stolpersteine?

OTTO
OTTO

Freiwillige

- werden weniger → Belastung?
- Viel dazu gelernt Tandems werden! regeln ihre eigene Arbeit
- Informationen → fachlich → verlässlich → vollständig
- Erreichbarkeit HA → persönliche Ressourcen
- Gefühlte geistige Nähe zu den Gästen
- Vorher wie Kontakt zu Behörden
- Frustration → kulturelle Unterschiede → Grundregeln
- Frustration abgemildert
- Politik des Landes
- Zusammenarbeit der Behörden (z.B. Verlegung GUT)
- Kommune Datenschutz Infos
- Engagement +++ Bewusst zu einem Mann
- hohe Belastung → hoher Arbeitsanforderung
- Berufsrolle
- Gleichbehandlung aller
- Job-Center → wird besser
- Engagement mit den Sozialen Medien
- Deutlich + Gesetze
- Integration ist keine lange Zeit abgeduldet
- Werk-Vermittlung Wie wollen wir zusammen leben?
- Was können freiwillig abgeben?
- Lernfortschritte in politischen Prozess einbringen

Kreis

Wohnen im LDK

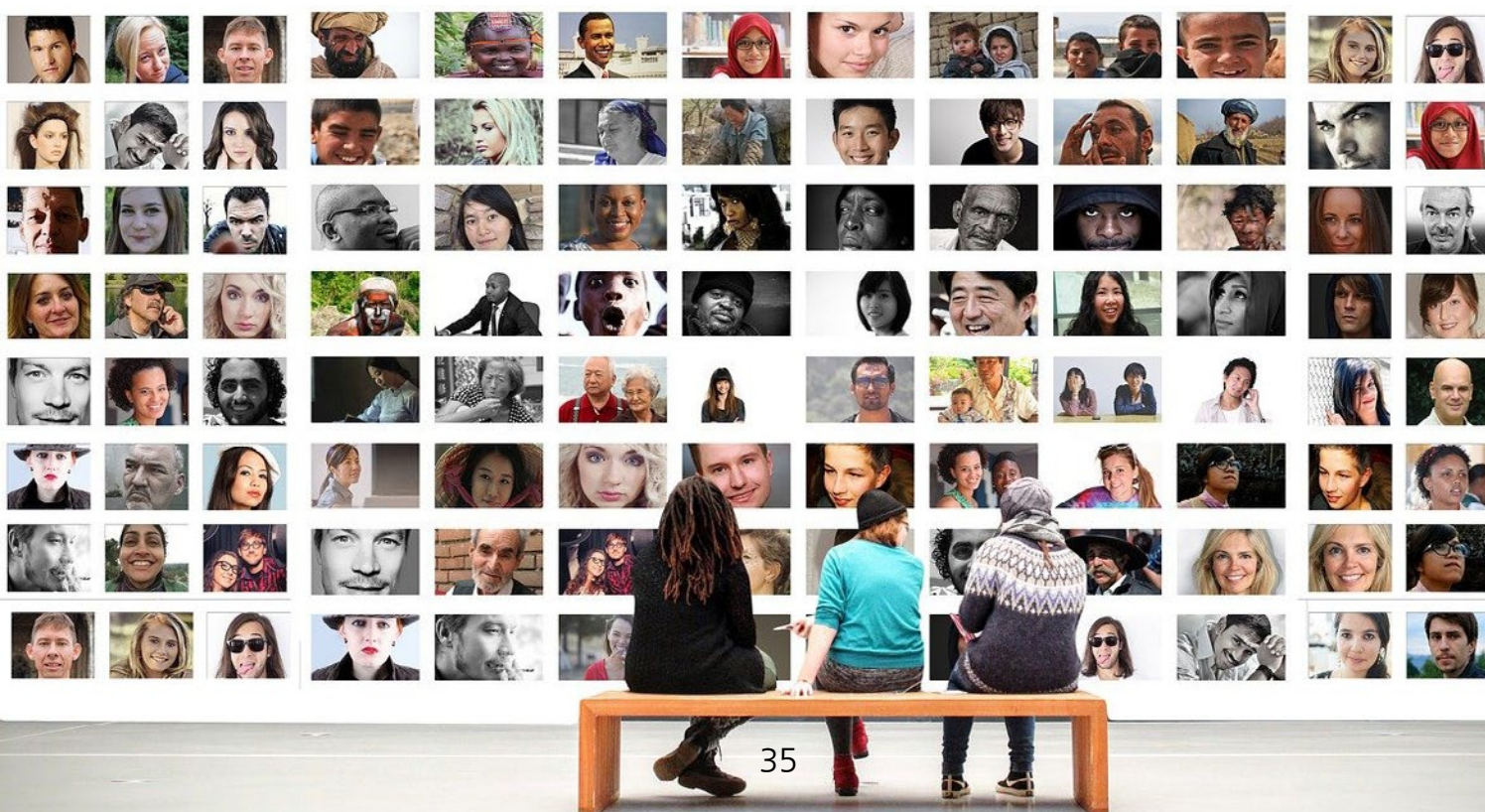


Trialog	„Trialog“ ist ein Kunstwort, das in der Psychiatrie gebräuchlich ist und dort den Erfahrungsaustausch zwischen Fachleuten, Angehörigen und Personen mit Psychiaterfahrung meint.
Interkommunal	Zwischen Kommunen bestehend, meint hier die Zusammenarbeit zwischen mehreren Kommunen.
Intrakommunal	Kunstwort, meint hier: die Zusammenarbeit innerhalb der Kommune, in diesem Fall die Kooperation zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen.
Ehrenamt	Ein Ehrenamt ist im ursprünglichen Sinn ein Engagement in öffentlichen Funktionen, legitimiert durch eine Wahl. Der Begriff ist in der Umgangssprache nicht klar von bürgerschaftlichem Engagement oder Freiwilligentätigkeit abgegrenzt. Im Allgemeinen wird darunter altruistisches Handeln verstanden, bei dem eine Einzelperson oder eine Gruppe freiwillig und unentgeltlich Arbeit leistet. Ehrenamtliches Engagement hilft sowohl den Nutznießer*innen als auch den Helfenden.
Integration	Integration wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit Mitspracherecht für alle und Wertschätzung aller Kompetenzen und Perspektiven betrachtet.

Willkommens- und Anerkennungskultur

Willkommenskultur kann eine als eher von Nützlichkeitsbetrachtungen getragene Politik verstanden werden. Sie schafft für Menschen, die einwandern, die Rahmenbedingungen und Strukturen, um durch umfassende Informationen, gebündelte Zuständigkeiten und zügige Anerkennung ausländischer Abschlüsse zu einer raschen Integration beizutragen.

Anerkennungskultur kann als eine eher von ethischen Überzeugungen getragene gesellschaftliche Haltung verstanden werden. Sie richtet sich gegen Diskriminierung und Rassismus, schätzt Vielfalt als Chance gesellschaftlicher Entwicklung und fördert die gesellschaftliche Leistung aller Menschen, um damit ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen.



Von den 23 Kreiskommunen des Lahn-Dill-Kreises haben sich 14 Kommunen im Projektzeitraum aktiv beteiligt.

- Stadt Braunfels
- Stadt Dillenburg
- Gemeinde Ehringshausen
- Gemeinde Eschenburg
- Gemeinde Greifenstein
- Stadt Haiger
- Stadt Herborn
- Gemeinde Hohenahr
- Gemeinde Hüttenberg
- Stadt Leun
- Gemeinde Mittenaar
- Gemeinde Sinn
- Gemeinde Waldsolms
- Stadt Wetzlar



Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises,
Broschüre: [Unser Landkreis](#), Wetzlar 2015

Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises,
[2. Bildungsbericht](#) Lahn-Dill-Kreis,
Wetzlar 2020

vhw Bundesverband für Wohnen und Stadt-
entwicklung e.V. (Hg.), Entwicklung und
Nachhaltigkeit von Willkommensinitiativen,
Berlin 2019

Robert-Bosch-Stiftung (Hg), Vielfalt von
Zuwanderung und Entwicklung ländlicher
Räume, Berlin 2020

Robert-Bosch-Stiftung (Hg), Zusammen-
arbeit von Landkreisen und angehörigen
Gemeinden, Berlin 2019

BMFSJ (Hg), Kooperation von Haupt- und
Ehrenamtlichen als Gestaltungsaufgabe –
Ein Leitfaden für die Praxis, Berlin 2015

Stephan Würz, Landesehrenamtsagentur
Hessen, Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe –
Trends und Entwicklungen sowie die Rolle
der Hauptamtlichen, Vortrag im Rahmen
des WIR-Fallmanagertreffens im HMSI
Wiesbaden 23.08.2018

Julius Linnert, Minor Projektkontor für
Bildung und Forschung (Hg), Freiwilliges
Engagement mit Geflüchteten als Beitrag
zur Integration in Kommunen, Berlin 2018

Jürgen Schumacher, Kooperation von Haupt-
amtlichen und Ehrenamtlichen in der Arbeit
mit Geflüchteten, INBAS Frankfurt 2018

Jürgen Schumacher et al., Zwei Welten?
Integrationspolitik in Stadt und Land,
Stuttgart 2020

Hannes Schamann, Boris Kühn, Kommunale
Flüchtlingspolitik in Deutschland,
Friedrich-Ebert-Stiftung 2016

Frank Gesemann und Roland Roth, Erfolgs-
faktoren der kommunalen Integration von
Geflüchteten, Friedrich-Ebert-Stiftung 2017

Rainer Ohlinger et al., Auf dem Weg zur
Flüchtlingsintegration in ländlichen Räumen
– Ergebnisse einer Bedarfsanalyse in
7 Landkreisen, Robert-Bosch-Stiftung,
Berlin 2017

Rudolf Speth et al., Zivilgesellschaft und
Kommunen: Lerneffekte aus dem Zuzug
Geflüchteter für das Engagement in Krisen,
Maecenata Institut für Philanthropie und
Zivilgesellschaft, Berlin 2017

Andreas Zick et al., Konflikte im Ehrenamt
der Flüchtlingshilfe,
Universität Bielefeld 2018

BAMF Forschungsbericht 36, Integration
von Geflüchteten in ländlichen Räumen,
Nürnberg 2020

BMFSFJ (Hg.), Kooperation von Haupt- und
Ehrenamt als Gestaltungsaufgabe,
Berlin 2015

BMFSFJ (Hg), Engagement in der Flüchtlings-
hilfe (Allensbach Studie), Berlin 2017

HMSI (Hg), Karin Buchner, Claudia Koch,
Engagement in der Flüchtlingsarbeit –
Motive, Bedarfe, Potentiale,
Wiesbaden 2015

HMSI (Hg) Kommunales Integrations-
management, Wiesbaden 2020

Gender-Hinweis

In dieser Publikation wird aus folgenden Gründen die Gender*Gap-Schreibweise verwendet (z. B. Mitarbeiter*innen): Bei der meist anzutreffenden (männlichen) Schreibweise ist nicht davon auszugehen, dass tatsächlich weibliche und andere Perspektiven wie die von transidenten oder intersexuellen Menschen mitbedacht werden.

Die Gender*Gap-Schreibweise bewegt sich zwar weiterhin zwischen den Polen männlich und weiblich, sie lässt aber deutlich mehr Raum für weitere Geschlechteridentitäten.

Der Gender-Gap ist somit auch ein Beispiel für sprachliche Inklusion.

Herausgeber: Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises, Fachbereich 3:
Gesundheit, Jugend, Soziales

Dezernent: Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Stephan Aurand,
Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar

Autor: Norbert Wenzel, WIR-Fallmanager für Geflüchtete
im Lahn-Dill-Kreis,
Fachdienst 41.4 Zuwanderung und Integration

Layout: Diakonie Lahn Dill e.V.,  **Diakonie Lahn Dill**
Stephanus Werkstatt *Stark für Andere*

Copyright: Alle Fotos privat bzw. pixabay

Die Zahlen, Daten und Informationen dieser Dokumentation wurden mit Sorgfalt beschafft und ausgewertet. Dennoch übernehmen wir keine Haftung oder Garantie für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der bereitgestellten Informationen.

1. Auflage 2020, 15.12.2020

Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

E-Mail: info@lahn-dill-kreis.de

Tel.: 06441 407-0
Fax: 06441 407-1050

Der Lahn-Dill-Kreis ist eine Körperschaft
des Öffentlichen Rechts und wird vertreten
durch den Kreisausschuss, dieser durch
den Landrat Wolfgang Schuster, Anschrift siehe oben.

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer
gem. § 27 a Umsatzsteuergesetz:
DE 112641364

